



GEDENKVERANSTALTUNG ZUM PORAJMOS

2. August 2021, 18.00 Uhr

Gedenkort Hannoverscher Bahnhof / Lohseplatz

Grußwort Arnold Weiß, Landesverein der Sinti in Hamburg e.V.

Kurzvortrag „Die ersten Deportationen aus Hamburg am 16. Mai 1940. Aufstand in Auschwitz-Birkenau Lagerabschnitt B II e am 16.05.1944. Der Hintergrund zum 2. August 1944.“
Marko D. Knudsen, Bildungsverein der Roma zu Hamburg e.V.

Kurzvortrag „Hannoverscher Bahnhof - Entwicklung des Gedenkortes“

Kranzniederlegung

an den Gedenktafeln mit den Namen der Deportierten



Fanräume

Hannoverscher Bahnhof-Entwicklung des Gedenkortes

Das, was am 2. August 1944 in Auschwitz-Birkenau geschehen konnte, war nur möglich, weil vorher hier und an vielen anderen Orten das geschah, an das dieser Gedenkort erinnert.

Die Massenmorde in Auschwitz hatten eine Vorgeschichte. Um viele Menschen so ermorden zu können, wie das dort und an anderen Orten geschah, muss man diese Menschen erst einmal unter Kontrolle bekommen und so weit wie möglich wehrlos gemacht haben. Das fing schon lange vor den Deportationen an.

Die Geschichte der Roma und Sinti ist eine Geschichte jahrhundertelanger Ausgrenzung, Unterdrückung und Verfolgung, und trotzdem war es in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts manchen gelungen, sich eine Existenz aufzubauen.

Mit der nationalsozialistischen Regierung ab 1933 änderte sich das. All‘ die Maßnahmen der Erfassung, Ausgrenzung, Zerstörung der Existenzgrundlagen, Freiheitsentziehung usw., alles war bestimmt von dem Ziel, die Menschen loszuwerden. Wie das genau geschehen sollte, dafür gab es zunächst wohl noch keinen Plan, doch spätestens mit den Deportationen im März 1943 und im April 1944 sollten die Deportierten mit Absicht in den Tod geschickt werden.

Damit man so etwas machen kann, ohne auf großen Widerstand zu stoßen, muss man die Opfer belügen und so wehrlos wie möglich machen. Beides geschah. Als die, die deportiert werden sollten, im Mai 1940 in den Fruchtschuppen C gebracht wurden, hatten sie schon sechs Jahre immer massiver werdender Ausgrenzung, Verfolgung und Unterdrückung hinter sich. Die sich immer weiter verschlechternde Lebenssituation hat die Menschen, wie man norddeutsch sagt, mürbe gemacht. Die Lüge von einem neuen Leben im Osten zusammen mit der Macht der deutschen Polizei und der Behörden sollte die Deportation leichter machen.

All‘ diese anscheinend kleinen Maßnahmen der Behördenmitarbeiter_innen in Hamburg, der Polizisten, der Leute, die für „Rassehygienische Forschungsstelle“ arbeiteten, des Bahnpersonals, der Mitbürger_innen, die zuguckten, mithalfen oder denunzierten, all‘ das war Vor- und Zuarbeit für den Mord in Auschwitz und anderen Orten.

Dieser Platz hier, der Hannoversche Bahnhof, das ist die Verbindung zwischen dem Massenmord und den vielen Alltagsdiskriminierungen. Dieser Platz zeigt, wie Ausgrenzung und Mord zusammenhängen.

Dabei war der Hannoversche Bahnhof, als er 1872 als „Venloer Bahnhof“ eröffnet wurde, zunächst etwas ganz anderes. In einer Zeit, in der für viele Menschen eine Reise an Ost- oder Nordsee unerschwinglich war, versprach der Name des Bahnhofs internationale Verbindungen. Die Umbenennung in „Hannoverscher Bahnhof“ machte die Funktion deutlicher: Von hier fuhren die Züge Richtung Süden über die Elbe. Für die anderen Richtungen gab es andere Bahnhöfe, und so funktionierte es für gut eine Generation bis zur Einweihung des Hauptbahnhofes 1906. Der Hannoversche Bahnhof wurde Güterbahnhof, im ersten Weltkrieg dann noch einmal reaktiviert für Truppentransporte und Sonderzüge, und dann wieder Güterbahnhof. Für den brauchte man keine Bahnhofshalle mehr. 60 Jahre nach der Einweihung wurde sie abgerissen. Das ist der Zustand, den wir auf dem Bild sehen, und etwa so sah es aus, als die Behörden und die Bahn den Bahnhof für eine neue Verwendung für geeignet hielten.

Der Bahnhof lag zentral, aber doch etwas abseits von allzu großer Wahrnehmung. Von hier fuhren keine fahrplanmäßigen Züge. Dadurch gab es genug Zeit und Platz, um alles bei den Deportationen so zu organisieren, wie es die Verantwortlichen haben wollten.

Nach dem Krieg wurde der Bahnhof wieder Güterbahnhof, das Portal wurde abgerissen, später entstand hier ein teilweise blau verkleidetes Logistikgebäude. Was in der NS-Zeit geschah, so hört man oft, geriet in Vergessenheit. Ich weiß nicht, ob das stimmt, ob es wirklich „Vergessenheit“ war, oder ob man einfach nicht mehr darüber redete. Bei denen, die den Ort als Deportationsbahnhof erlebt haben, geriet er nicht in Vergessenheit. Auch in Berichten und literarischen Zeugnissen der Nachkriegszeit wird genau beschrieben, was hier geschah. Was allerdings immer mehr verschwand, waren die baulichen Relikte, an denen man erkennen konnte, was hier einmal war. Noch in den 80er Jahren, hat mir jemand erzählt, war noch ziemlich viel zu sehen. Aber bevor aus dem Nicht-mehr-darüber-reden wirklich Vergessenheit wurde, haben die Verbände der Verfolgten dafür gesorgt, dass es anders kam. Als die Hafencity geplant wurde, haben sie darauf aufmerksam gemacht, dass hier doch noch etwas war. Recherchen begannen, Gleis- und Bahnsteigreste wurden wahrgenommen, 2005 zwei Tafeln aufgestellt, die auf die Deportationen hinwiesen und 2009 die Ausstellung „In den Tod geschickt“ gezeigt, auf der die Informationen im Info-Pavillon basieren.

2011, bei den Vorgesprächen für meine jetzige Stelle, wurde mir gesagt, dass in Kürze ein weiterer Gedenkort entstehen werde, der an die Deportationen erinnern werde. 2012, am 16. Mai, war ich dann das erste Mal hier. Rundherum Baustelle und Brache, ein paar Leute im Matsch, - niemand von der Stadt -, haben an den Tafeln Blumen niedergelegt im Gedenken an die Deportierten des Mai 1940. Mitglieder der Verfolgtenverbände arbeiteten da schon seit einigen Jahren mit Forschenden der Gedenkstätte und anderen zusammen, um hier einen Gedenkort entstehen zu lassen. Aber es dauerte von fünf weitere Jahre, bis der eingeweiht werden konnte. Zu Recht fragte Lucille Eichengreen, die von hier deportiert worden ist, bei der Einweihung, warum das so lange gedauert hat.

Auch ein Dokumentationszentrum war schon lange geplant, aber immer noch weit weg. Als bekannt wurde, wie dieses Dokumentationszentrum kommen sollte, nämlich als Erdgeschoss in einem Bürogebäude im Privatbesitz, war die Sorge groß, dass wieder so etwas passieren würde wie im Stadthaus: In dem Gebäude, das einmal komplett von Polizei und Gestapo genutzt worden ist, blieb nur eine kleine Ecke für das Gedenken.

Dieses Mal sollten die Verträge viel besser sein. Seit über 15 Jahren arbeiten einige der Verfolgtenverbände an dem Planungsprozess mit, bringen ihre Zeit, ihr Wissen, ihr Engagement ein. Ihre Sichtweise und ihre Erfahrungen sind unverzichtbarer Teil der geplanten Dokumentation, und alles war auf gutem Weg. Das Ausstellungsteam, das seit drei Jahren arbeitet, geht jeden Schritt in enger Abstimmung mit den Architekten, dem Gestaltungsteam und den Verbänden. Die Ausstellung wurde für den Raum entwickelt, der dort oben im Bau ist.

Dann kam im Januar die Nachricht von der Vermietung des restlichen Gebäudes an Wintershall Dea, ein Unternehmen, das von sich sagt, dass es die Erdgas- und Erdölbranche in Deutschland mehr als 100 Jahre lang maßgeblich mitgeprägt habe. In diese 100 Jahre fallen die 12 Jahre NS-Diktatur, und auch für diese 12 Jahre gilt, was sie selber über sich sagen. Damals waren es noch getrennte Firmen, und beide waren tief in NS-Unrecht verstrickt. Sie haben den Aufstieg Hitlers und den Einfluss der SS gefördert, sie haben sich bereichert auf alle damals möglichen Weisen, durch die sogenannte Arierisierung, durch den Einsatz von Zwangsarbeiter*innen, durch Ausplünderung besetzter Gebiete usw. Zudem ist der Mehrheitseigner BASF über die IG Farben schwer NS-belastet.

Der Investor allerdings war nicht der Meinung, dass diese Vermietung ein Problem für das Dokumentationszentrum sei, er hat seine Entscheidung zur Vermietung nicht mit der Stadt und nicht mit den Verfolgtenverbänden abgestimmt, sondern nur mitgeteilt. Wintershall Dea ist ja ein renommiertes Unternehmen und hat seine NS-Vergangenheit aufgearbeitet. Eine 2020 erschienene Untersuchung stellt das Verhalten der Firma Wintershall im Nationalsozialismus dar, eine Untersuchung über die Dea soll noch folgen.

Andere Firmen haben so etwas vor Jahrzehnten gemacht, hier stellt sich die gleiche Frage, die Lucille Eichengreen vor vier Jahren bei der Einweihung hier stellte: Warum so spät? Noch einen Aspekt dabei finde ich interessant, einen Aspekt, der oft bestenfalls am Rand auftaucht: Ist es gelungene und ausreichende Aufarbeitung, wenn nach zwei Generationen ein Buch erscheint, dass das historische Geschehen – soweit ich das beurteilen kann – zutreffend beschreibt?

Die Firmen haben durch bewusste Ausnutzung aller Möglichkeiten eines Unrechtssystems Vermögen aufgebaut, und zwar nicht nur Firmenvermögen, sondern auch Privatvermögen der Beteiligten. Damit haben sie Macht- und Einflussverhältnisse geschaffen, die seit Jahrzehnten wirksam sind, und von denen die Überlebenden und die Nachkommen derer, an die wir heute erinnern, weitgehend ausgeschlossen blieben. Ist das gelungene Aufarbeitung?

Der Vertrag, der es dem Investor ermöglicht hat, ohne Rücksprache mit den am Dokumentationszentrum Beteiligten zu vermieten, und die Entscheidung des Investors, mit Wintershall Dea einen Mietvertrag zu schließen, haben das Dokumentationszentrum in eine äußerst schwierige Situation gebracht.

Für die Verbände kommt eine Zusammenarbeit mit einem Dokumentationszentrum, das sich im gleichen Haus wie Wintershall Dea befindet, nicht in Frage.

Das Ausstellungsteam arbeitet an einer Ausstellung, die für die Räume, die gerade gebaut werden, geplant ist. Es arbeitet überwiegend mit Zeitverträgen, die nach der geplanten Eröffnung enden.

Selbst wenn der Vorschlag, der im Raum steht, realisiert werden kann, nämlich ein eigenes Gebäude für die Dokumentation zu bauen, wird es wieder Jahre dauern, bis es soweit ist. Ob Teile der bisherigen Vorarbeiten in einem neuen Gebäude verwendet werden könnten, und wenn ja, in welchem Umfang, ist völlig als unklar, genauso wie die Frage, wie mit dem Team umgegangen wird, das seit drei Jahren an dem Projekt arbeitet. Neben den finanziellen Problemen – wer wird es bezahlen? – ist das Risiko groß, dass das, was jetzt an Gestaltung und Technik geplant ist, dann schon wieder angestaubt und veraltet wirken wird.

Kurz gesagt: Wenn Wintershall Dea einzieht, haben wir entweder ein Dokumentationszentrum ohne Unterstützung der Verbände, und damit eins, dem ein zentrales Element der Glaubwürdigkeit fehlt,

oder wir haben für etliche weitere Jahre kein Dokumentationszentrum. Das meine ich damit, wenn ich sage, dass die Vermietungsentscheidung eine Situation herbeigeführt hat, in der im Moment keine gute Lösung absehbar ist.

So etwas an einem Gedenktag sagen zu müssen, an dem das würdige Gedenken an die Opfer der Verfolgung und Ermordung der Roma und Sinti im Mittelpunkt stehen sollte, ist nicht gut. Doch ein unehrliches Gedenken, eins, das die Situation verschleiert, wäre schlechter.

Die Aufarbeitung der NS-Verbrechen ist nicht abgeschlossen. Ein Gedenken an diesem Ort, der zeigt, wie alltägliche Ausgrenzung und organisierter Massenmord ineinander griffen, muss ein Gedenken sein, das sich für Konsequenzen einsetzt. Eine Konsequenz wäre die ernsthafte Suche nach einer guten Lösung für den Gedenkort. Die wird nicht aus der Portokasse zu zahlen sein, aber das haben weder die Verbände noch die Gedenkstätte Neuengamme zu verantworten.

Eine weitere Konsequenz, über die ich noch gar nichts gesagt habe, möchte ich wenigstens noch erwähnen. Gedenken an die Opfer der Verfolgung der Roma und Sinti bedeutet auch, die aktuelle Situation im Blick zu haben, die nicht gut ist, wie der erst vor kurzem im Bundestag vorgelegte Bericht zum Antiziganismus zeigt. Denn das ist das, was wir jetzt tun können und was wichtig bleibt: Diskriminierung und Ausgrenzung bekämpfen.

Vielen Dank.

(Hanno Billerbeck, Kirchliche Gedenkstättenarbeit an der KZ-Gedenkstätte Neuengamme)